

Profiteur der Dieselkrise

Das Elektrorad treibt die Fahrradindustrie an und erobert zunehmend die Innenstädte

Von unserem Mitarbeiter
Bernd Röder

Berlin. Aus seinem Mund ist diese Aussage nicht unbedingt zu erwarten: „Diesel-Fahrverbote sollten vermieden werden“, sagt Siegfried Neuberger. Der Mann ist Geschäftsführer des Zweirad-Industrie-Verbands (ZIV) und vertritt in dieser Eigenschaft 90 Unternehmen, die Fahrräder, Elektroräder und Zubehör herstellen. Die Dieselkrise ist für seine Branche ein Segen, denn mit ihr ist die Chance verbunden, dass mehr Bundesbürger aufs abgasfreie Rad wechseln. Doch Neuberger sind Anreize fürs Fahrrad wichtiger als Verbote für Diesel-Autos. „50 Prozent der Autofahrten liegen unter fünf Kilometern, 25 Prozent sogar unter zwei Kilometern“, trägt er vor.

ADAC rät zum Umsteigen

„Wir müssen die Menschen davon überzeugen, gerade für diese kurzen Distanzen aufs Fahrrad oder E-Bike umzusteigen.“ Die Städte wollten eine geringere Schadstoffbelastung möglichst ohne Diesel-Fahrverbote erreichen. „Wir sind zuversichtlich, dass in den Kommunen einiges passieren wird“, sagt der Radlobbyist. Die neue Bundesregierung könne zusätzliche Anreize schaffen, „wir sind da guter Dinge“.

Auch ohne besonderes Lockmittel fliegen die Käufer schon jetzt auf elektrisch unterstützte Zweiräder. In Deutschland wurden im vorigen Jahr 720 000 E-Fahrräder verkauft, 19 Prozent mehr als 2016. Der Bestand stieg damit auf rund 3,5 Millionen. Als Gründe dafür sieht der Verband eine ausgereifere Technik, die höhere Akkuleistung für größere Reichweiten und mehr Vielfalt im Angebot. „Es geht jetzt auch mehr Richtung sportive Einsätze, das E-Bike ist in, von der Gesellschaft akzeptiert“, sagt Neuberger.

Die E-Bikes retteten der Industrie aber auch das Geschäft, das unter einer sinkenden Nachfrage nach den herkömmlichen Fahrrädern litt. Die verkauften



AUFS RAD UMGESTIEGEN: Im Zuge der Dieselkrise ließen auf kurzen Strecken immer mehr Menschen das Auto stehen und wählten stattdessen das Fahrrad als Fortbewegungsmittel. Davon profitiert die Branche. Foto: dpa

3,13 Millionen Exemplare bedeuten im Vergleich zum Vorjahr ein Minus von 320 000 Stück oder neun Prozent. Die Branche versucht das damit zu erklären, dass die Qualität der Räder im Durchschnitt besser geworden sei und die Leute sie deshalb länger nutzten. Der Verkaufspreis pro Fahrrad inklusive E-Bike lag nach Verbandsangaben im Schnitt bei 698 Euro, im Jahr 2016 waren es 643 Euro. Für E-Bikes allein habe der Durchschnittspreis etwa 2 300 Euro betragen.

Für die Hersteller kam so ein Umsatzplus von 3,2 Prozent auf 2,69 Milliarden Euro heraus. Zählt man die Erlöse von Werkstätten, für Zubehör und Textilien hinzu, dürften es nach einer

Schätzung 5,4 Milliarden sein, also das Doppelte. Deutlich auf dem Rückzug ist weiterhin die Fahrradproduktion in Deutschland.

Die Konkurrenz kommt vor allem aus Asien und europäischen Staaten mit niedrigeren Löhnen: Aus Kambodscha, Polen und Bulgarien stammen die meisten der 2,65 Millionen Importräder. Lediglich noch 1,26 Millionen klassische Räder wurden 2017 in der Bundesrepublik gefertigt, nach 1,62 Millionen 2016 und sogar 1,88 Millionen 2015. Immerhin geht es mit den E-Bikes aufwärts: 470 000 stammten aus deutscher Produktion, ein Plus von 120 000 im Vorjahresvergleich. Dass der Produktionswert in Summe dennoch um 2,4 Prozent auf

1,22 Milliarden Euro zulegte, lag an den E-Bikes.

Auch der Automobilclub ADAC ist für einen Umstieg aufs Rad, „gerade bei kurzen Strecken“, wie Sprecher Christian Buric sagt. Der Verein hält einen „Mobilitätsmix“ in der Stadt für wichtig. Dazu gehörten auch Mietfahrräder, die wegen des Wildwuchses diverser Anbieter zuletzt etwas in Verruf geraten sind. Aus Sicht des ADAC müssen „die Systeme eine hohe Angebotsdichte haben, einfach bedienbar sein, über gut gewartete und verkehrssichere Räder verfügen und kompatibel mit dem ÖPNV sein“. Die Radstationen müssten in der Nähe von Haltestellen entstehen, das Abrechnungsverfahren möglichst einfach sein.

Paketversand legt Preise offen

Straßburg (dpa). Päckchen ins Ausland zu schicken, könnte dank einer neuen EU-Verordnung künftig günstiger werden. Das entsprechende Papier segneten die EU-Abgeordneten am Dienstag in Straßburg mit großer Mehrheit ab. Die Verordnung verpflichtet Paketdienstleister in den EU-Mitgliedstaaten dazu, ihre Preise für Auslandsendungen weitgehend offenzulegen.

Auf einer neuen Webseite sollen Verbraucher aus einer Übersicht den günstigsten Anbieter auswählen können. Der verstärkte Wettbewerb soll schwarze Schafe dazu bringen, überhöhte Preise zu senken. Bislang kostet es laut der EU-Kommission drei- bis fünfmal mehr, Pakete ins Ausland zu schicken, als sie innerhalb eines Landes zustellen zu lassen. Die neuen Regeln treten voraussichtlich im Mai in Kraft.

Karlsruher Heizölpreise

Von der Außennotierungs-Kommission Karlsruhe der Mannheimer Produktenbörse wurden am Dienstag folgende Tagesverkaufspreise des Handels für leichtes Heizöl festgestellt. Anmerkung: Superqualität in Euro je 100 Liter frei Verwendertank Karlsruhe im Großraum Karlsruhe – inklusive Mehrwertsteuer und 0,32 Euro/100 Liter Erdölbevorratungsbeitrag – bei Abnahme wie folgt (in Klammer Preise der vorigen Notierung):

Liter	Euro	(ohne Gewähr)
500-1 000	77,83-74,73	(78,42-74,73)
1 001-1 500	71,40-69,26	(71,35-70,15)
1 501-2 500	68,15-66,76	(68,25-66,76)
2 501-3 500	65,90-64,26	(66,16-65,21)
3 501-4 500	64,75-63,67	(65,39-64,26)
4 501-5 500	63,60-62,71	(64,62-63,19)
5 501-7 500	62,96-61,88	(63,32-62,48)
7 501-9 500	61,64-61,29	(62,83-61,29)

Die Preise gelten nur für eine Abladestelle. Für Standardqualität gibt es einen Preisabschlag.

Schutz oft vernachlässigt

Von unserem Redaktionsmitglied
Mario Beltschak

Essen/Karlsruhe. Auch rund eine Woche nach dem Säureattentat auf Innogy-Finanzvorstand Bernhard Günther sind die Ermittler noch nicht zu wesentlichen Erkenntnissen gekommen. Die Hintergründe des Anschlags auf den Manager des Essener Energieunternehmens liegen immer noch im Dunkeln. Zugleich versetzte der Fall Konzerne und Top-Unternehmer in Alarmstimmung. Das Thema Sicherheit rückt wieder stärker in den Vordergrund.

Besonders der Mittelstand tue häufig zu wenig beim Schutz für das Spitzenpersonal, stellt etwa Markus Weidenauer

Sicherheit wieder Thema in Unternehmen

er, Sicherheitsexperte von der Firma SecCon (siehe „Vier Fragen“), fest. Doch auch große Unternehmen sind nicht immer auf dem neuesten Sicherheits-Stand. Das liegt jedoch oft am Personal selbst. Die Konzernlenker wollen – wie Normalbürger auch – ohne besonderen Schutz leben. Während sie bei öffentlichen Auftritten einen oder mehrere „Aufpasser“ um sich herum haben, verzichten sie im Privatleben lieber auf diese Begleiter. Mehrere Unternehmenssprecher, die jedoch nicht öffentlich genannt werden wollen, geben zu, dass ihre Vorstandscheffe meist ohne Sicherheitspersonal unterwegs sind. Dies wird auch mit dem Umfeld hierzulande begründet – die Kriminalität sei eben nicht so ausgeprägt wie etwa in Süd- und Mittelamerika.

Dennoch zeigen zig Beispiele, dass Manager auch hierzulande nicht ungefährlich leben. So wurde erst 2015 der Sohn von Schrauben-König Reinhold Würth entführt. Der Fall endete glimpflich nach einer Lösegeldzahlung. Ähnliches erlebten die Kinder von Anton Schlecker. Der Sohn des Bankiers Jakob von Metzler wurde 2002 indes entführt und getötet. Auch wegen solcher Beispiele ziehen sich Manager oft aus der Öffentlichkeit zurück. Verstecken garantiert jedoch letztlich keinen Schutz.

Vier Fragen

Sicherheit für Manager

Markus Weidenauer ist Geschäftsführer der SecCon Group, die unter anderem auch Sicherheitskonzepte für Unternehmen und deren Chefs erstellt.



„Viel Arbeit im Hintergrund“

Ist der Säure-Anschlag auf den Innogy-Finanzvorstand eher als krasse Ausnahme zu deuten? Oder gerieten Top-Manager zuletzt häufiger in Gefahr?

Weidenauer: Als Vorstand eines Unternehmens stehen diese Personen ständig im Fokus, da sie das Unternehmen nach außen hin vertreten. Aus diesem Grund werden sie von allen möglichen Gruppen für das vermeintliche „Handeln“ wie auch für das „Unterlassen“ verantwortlich gemacht. Daher genießen die Vorstände von diversen Dax-Unternehmen Personenschutz. Der Säureanschlag stellt sicherlich eines der Worst-Case-Szenarien dar, Attacken auf Vorstände in unterschiedlich ausgeprägter Form – das kann von Beleidigungen bis zu körperlichen Attacken reichen – kommen jedoch auch in Deutschland immer häufiger vor.

In welchen Situationen empfehlen Sie Unternehmern Personenschutz?

Weidenauer: Personenschutz fängt mit einer professionellen Risikoanalyse an, um die tatsächlichen Gefahren herauszuarbeiten. Anschließend wird ein Schutzkonzept erstellt. Darin werden die analysierten Risiken durch entsprechende Maßnahmen minimiert. Wann, zu welchem Zweck und in welchem Umfang Personenschutzmaßnahmen stattfinden, hängt immer davon ab, wie konkret

gefährdet die zu schützende Person wirklich ist. Prinzipiell müssen Sicherheitsschritte nicht immer sichtbar sein, vieles kann heute mit Hilfe von Technik oder aus dem Hintergrund heraus gelöst werden. Entscheidend ist, dass die geplanten Maßnahmen ineinandergreifen, konzeptionell festgelegt sind und die zu schützende Person so wenig wie möglich in ihrer Privatsphäre beeinträchtigt wird.

Welche Sicherheitsmaßnahmen kann ein Unternehmer ergreifen, wenn er keinen „Bodyguard“ will, der ihm auf Schritt und Tritt folgt?

Weidenauer: Den klassischen Bodyguard gibt es im professionellen Personenschutz nicht. Wie bereits erwähnt, richten sich die Schutzmaßnahmen nach den analysierten Gefahren. Besonders für Vorstände, die keiner akuten Bedrohung unterliegen, sind verdeckte Aufklärungsmaßnahmen zielführender. Oft geht es nicht um den Unternehmer allein, auch die Familie respektive die Kinder sollten beschützt werden. Aufklärungsmaßnahmen funktionieren in der Regel wie ein „unsichtbarer Schutzschirm“, das heißt, sie werden sehr diskret durchgeführt und dadurch von der Allgemeinheit nicht wahrgenommen. Im Gefahrenfall ist jeder gut ausgebildete Aufklärer auch ein guter Beschützer.

Mit welchen Anliegen kommen Unternehmen und Unternehmer am häufigsten auf Sie zu?

Weidenauer: Viele der Firmen, die auf uns zukommen, sind bedauerlicherweise bereits Opfer krimineller Energie geworden. Leider fehlt beim Mittelstand der präventive Ansatz in Bezug auf Sicherheit. Risikobewusstsein ist in den meisten Fällen nicht vorhanden. Es wird in der Regel nach schnellen Lösungen gesucht, um das bestehende „Problem“ zu beseitigen. Am Ende entsteht eine „Insellösung“, die von einem ganzheitlichen Ansatz weit entfernt ist. Unser Auftragspektrum reicht von der klassischen Sicherheitsberatung für Hauseigentümer bis hin zu detaillierten Schutzkonzepten für Unternehmen und exponierte Privatpersonen. iob/Foto: pr



EIN SAUBERES GESCHÄFT soll die Zerschlagung von Innogy werden. E.ON und RWE geben gemeinsam Details zur Übernahme bekannt. Foto: dpa

Harmonie pur

E.ON und RWE demonstrieren Einigkeit bei Innogy

Essen (dpa). Energie-Allianz mit Folgen: Die beiden deutschen Versorger E.ON und RWE wollen bei der Zerschlagung der RWE-Tochter Innogy bis zu 5 000 Stellen abbauen, wenn auch ohne Kündigungen. „E.ON hat noch nie betriebsbedingte Kündigungen ausgesprochen. So wird es auch weiter sein“, sagte E.ON-Chef Johannes Teyssen bei der Vorstellung des spektakulären Deals, mit dem sich die beiden Energiegiganten nicht länger Konkurrenz machen wollen. Der Stellenabbau ist bei der neuen E.ON vorgesehen, bei RWE soll es in den kommenden Jahren insgesamt keinen Personalabbau geben.

Um die Milliardenvereinbarung zu erläutern, haben sich Teyssen und RWE-Chef Rolf Martin Schmitz auf neutralem Terrain getroffen. In einem Saal der Messe Essen – aber doch genau gegenüber der E.ON-Zentrale. Teyssen ergreift auch als erster das Wort, schließlich ist E.ON der Käufer, der die RWE-Tochter Innogy übernimmt. Fragen nach dem Erfinder eines der „kreativsten Gestaltungsdeals der deutschen Industriege-

schichte“, wie Teyssen das komplizierte Konstrukt lobt, lächelt der E.ON-Chef weg: „Ich kann mich immer so schlecht erinnern.“ Die beiden Vorstandscheffe haben unter zwei provisorisch an die Wand gehefteten Papierausdrucken der Konzernlogos Platz genommen. Es

musste eben alles schnell gehen – aber auch „nach deutscher Beamtenart“, wie Schmitz die Verhandlungen beschreibt. In der Vergangenheit waren der Braunkohleverstromer Schmitz und der ergrünte Energiemanager Teyssen bisweilen aneinander geraten. Jetzt ist Harmonie pur angesagt. Doch es geht um nichts weniger als die Neuordnung des deutschen Energiemarktes. Beide Konzerne haben 2017 die Milliardenverluste des Vorjahres hinter sich gelassen und wieder Geld verdient. RWE erzielte 2017 unter dem Strich einen Gewinn von 1,9 Milliarden Euro, E.ON verdiente knapp vier Milliarden Euro, wie aus dem Montag und Dienstag vorgelegten Bilanzen hervorgeht. Allerdings trieb auch die Rückzahlung der Atomsteuer die Ergebnisse hoch.

Bis zu 5 000 Stellen werden wohl gestrichen